

3. Kitas sind systemrelevant

Postulat Monika Wicki (SP, Zürich), Sylvie Matter (SP, Zürich), Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil) vom 3. Mai 2021

KR-Nr. 150/2021, Antrag auf Dringlicherklärung

Ratspräsident Benno Scherrer: Der Rat hat heute über die Dringlichkeit des Postulates zu entscheiden. Die Redezeit zur Dringlichkeit beträgt zwei Minuten.

Monika Wicki (SP, Zürich): Es gibt zwei Gründe, warum das Postulat als dringlich erklärt werden muss, erstens, die finanzielle Situation: Die schweizweite Umfrage des Verbandes Kibesuisse (*Dachverband der Kindertagesstätten*) vom Februar 2021 zeigt deutlich, wie fatal die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die familienergänzenden Betreuungsstrukturen sind. Bei 5 Prozent der Kindertagesstätten (*Kita*) reichen die Mittel derzeit nicht mehr aus, um die laufenden Kosten zu decken. Das sind über 100 Kitas, über 150 Kitas mit über 2000 bis 3000 Plätzen, dies vor allem in den Agglomerationen und auf dem Lande, denn die Stadt Zürich hat bereits reagiert. Es gibt einen Rückgang an Neuanmeldungen und eine Reduktion der Betreuungstage aufgrund von Home-Office, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder Sorge um die Ansteckungsgefahr. Es gibt Schliessungen und Personalausfälle aufgrund der Quarantänen. Gleichzeitig haben sie mehr Personalaufwand aufgrund der Schutzmassnahmen.

Es gibt aber noch einen zweiten Grund zur Dringlichkeit: Die Unsicherheit darüber, welche Regeln und Massnahmen für die Kindertagesstätten gelten, bleibt virulent. Mit dem neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz kann die Aufsicht und Bewilligung seit August 2020 von den Gemeinden nicht mehr an das AJB (*Amt für Jugend und Berufsberatung*) übergeben werden. gleichzeitig mit dieser Gesetzesänderung hat sich die Bildungsdirektion auch bezüglich des Krisenmanagements aus der Verantwortung genommen. Die Gesundheitsdirektion ist zwar bemüht, die Zusammenarbeit mit den Kitas über Kibesuisse aufrechtzuerhalten, aber das reicht nicht. Eine kantonale koordinierte Stelle fehlt. Und so werden die Gemeinden, wenn überhaupt, nur spät mit Informationen zuhanden ihrer Kitas beliefert. Es fehlen ein staatliches Backup und ein kantonales Monitoring für die Krise. Und für die Kitas wird die Krise andauern, denn die Kleinkinder werden wohl zuletzt zurückkehren. Dieser Stress und Druck auf die Kitas aufgrund der Quarantäne beeinträchtigt die Kitas und damit die Bildungsmöglichkeiten der Kinder. Die Situation ist ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Zuerst einmal: Die SVP freut sich, es ist grundsätzlich schön, wenn Eltern ihre Kinder wieder vermehrt zu Hause betreuen und weniger Kitas benötigt werden. (*Unmutsäusserungen im Saal.*) Zweiter Punkt: In den Überlegungen bezeichnet die Postulantin sogar Hilfen des Bundes aus allgemeinen Steuermitteln lediglich als Tropfen auf den heissen Stein. Das ist die zentrale Stelle und das bedeutet, dass hier die Postulantinnen die Gunst der

Stunde von Corona ausnützen wollen, um langfristig Steuermittel direkt in die Kinderbetreuung hineinzulenken und nicht nur die Anschubfinanzierung. Das ist nicht gut, dass Sie hier die Corona-Situation für ein politisches Anliegen, das wir ganz klar ablehnen, ausnützen wollen.

Dann enthält der Text als Drittes verschiedene Widersprüche: Zum Beispiel schreiben Sie, dass die Nachfrage nach Kita-Plätzen nach der Corona-Zeit wieder steigen würde. Dann braucht es keine langfristige, sondern kurzfristige Hilfe. Sie wollen aber langfristig helfen. Und wenn die Nachfrage tatsächlich langfristig sinkt, dann müssen wir uns überlegen, ob es nicht zu viele Kita-Plätze gibt. Aber ich glaube, diese Überlegung wollen Sie nicht anstossen.

Der zweite Widerspruch, den Sie haben, ist, dass das Personal der Kitas stark belastet sei, und dies, obwohl es weniger Kinder zusätzlich in den Kitas hat. Auch das ist unlogisch, kann so nicht stimmen. Weniger Kinder führen eher zu weniger Belastung. Dieses Postulat ist fehlerhaft. Es geht Ihnen nur darum, allgemeine Steuermittel in die Kinderbetreuung abzuzweigen, und es ist sehr niederträchtig, die Corona-Pandemie für das auszunutzen.

Beatrix Frey-Eigenmann (FDP, Meilen): Es ist schon so, Corona treibt hier eigenartige Blüten. Nach den Impfdränglern kommen nun also noch die Vorstossdränglerinnen. Oder haben habe die Postulantinnen tatsächlich nicht gemerkt, dass wir in drei Wochen eine umfassende Diskussion über die künftige Finanzierung der familienergänzenden Betreuung führen. Dort liegt alles auf dem Tisch. Wir haben Vorschläge von Gratiskrippen über Betreuungsgutscheine bis hin zu verschiedenen Ideen für Kostenschlüssel von Kanton, Gemeinden und Eltern. Was also soll dieser Vorstoss? Leiden Sie an einem Aufmerksamkeitsdefizit? Besonders störend finden wir die Begründung der Dringlichkeit mit Corona. Die Kitas sind die einzige Branche, die ihre Ertragsausfälle während des Lockdowns vom Staat vollumfänglich entschädigt bekommen hat, und jetzt wird obendrauf ein dringliches Strukturhaltungsprogramm gefordert. Können Sie sich vorstellen, wie sich das für diejenigen KMU anhört, die seit über einem Jahr schauen müssen, wie sie über die Runden kommen, mit oder ohne Härtefallgelder? Die FDP findet diesen Vorstoss absolut unnötig und wird ihn weder in Bezug auf die Dringlichkeit noch inhaltlich unterstützen.

Andrea Gisler (GLP, Gossau): In seiner Antrittsrede sagte der neugewählte Kantonsratspräsident vor einer Woche: «Ich wünsche mir, dass wir mehr bewegen.» Das wünscht sich die Grünliberale Fraktion auch und deshalb lehnen wir die Dringlicherklärung dieses Postulates ab. Dieser Vorstoss bewirkt nichts und noch weniger erschliesst sich, weshalb er dringlich sein soll. Wie Beatrix Frey-Eigenmann vorher zu Recht ausgeführt hat, werden wir uns in drei Wochen ausgiebig mit mehreren Kinderbetreuungsvorstössen befassen. Selbstverständlich sind Kitas von grosser Bedeutung, sowohl sozialpolitisch als auch wirtschaftlich. Das wurde zu Beginn der Covid-Krise anerkannt und es wurden Massnahmen getroffen, um die Existenz von Kitas zu sichern. So erhielten die Kitas Ausfallentschä-

digungen. Das AJB hat in über 700 Fällen eine Ausfallentschädigung zugesprochen, der Gesamtbetrag beläuft sich auf über 27 Millionen Franken. Das ist nicht wenig, und der grösste Teil dieses Geldes dürfte an Kitas und nicht an Horte oder Tagesfamilien geflossen sein. Auch die Subventionen der Gemeinden wurden und werden in der Regel weiterhin ausgerichtet. Kitas haben auch Zugang zu Kurzarbeitsentschädigungen und Überbrückungskrediten, womit sich ein grosser Teil der Probleme lösen lässt. Es besteht also durchaus ein Auffangnetz für Kitas. Die Gemeinden und nicht zuletzt auch die Eltern haben alles Interesse daran, das externe Kinderbetreuungsangebot aufrechtzuerhalten. ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung von Kindertagesstätten ist unbestritten. Wer sich über deren Situation im Kanton Zürich informieren will, kann den Bericht der Bildungsdirektion vom Dezember 2020 zur Hand nehmen. Dieser dokumentiert alle Herausforderungen dieser Branche. Mit diesen Herausforderungen war diese Branche aber bereits vor Covid-19 konfrontiert. Und wir sind der Meinung: Wegen der Pandemie hat sich an diesen Herausforderungen nichts wesentlich geändert. Wir haben es bereits gehört, in einem Monat führen wir hier im Rat eine grössere Debatte über verschiedene Vorstösse zur familienergänzenden Kinderbetreuung. Damit reagieren wir auf einen Teil der bestehenden Herausforderungen. Wir Grüne stehen klar dafür ein, dass deren Finanzierung auf eine breitere und somit auch solidere Basis gestellt wird.

Wir verstehen wie unsere Vorrednerinnen ebenfalls nicht, was uns das vorliegende Postulat hinsichtlich dieser Diskussionen noch bringen soll. Wie andere Unternehmen haben wegen der Pandemie auch die Kitas anspruchsvolle Zeiten hinter sich. Für die Ausfälle im ersten Lockdown wurden sie bereits im Umfang von 27 Millionen Franken entschädigt, und die STGK (*Kommission für Staat und Gemeinden*) diskutiert, berät aktuell ja das Gesetz über die finanzielle Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung aufgrund der Corona-Pandemie. Und denjenigen Kindertagesstätten, die als Folge der Pandemie aktuell tatsächlich mit Nachfrageproblemen und Umsatzeinbussen konfrontiert sind, steht zum Beispiel auch das Instrument der Kurzarbeit zur Verfügung. Wir Grüne sehen aktuell keine Anzeichen für Massenentlassungen bei Kitas ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Die Kitas sind systemrelevant, da sind wir mit der SP einverstanden. Private Kitas wurden aber während der Pandemie nicht im Regen stengelassen, wie das Monika Wicki gesagt hat. Private Kitas konnten Kurzarbeit beantragen, sie konnten aber auch Überbrückungskredite beantragen. Die Alternative Liste wird darum die Dringlichkeit nicht unterstützen. Vor allem aber werden wir sie nicht unterstützen, weil Ende Mai – Beatrix Frey-Eigenmann hat es gesagt – in diesem Rat ein riesiges Kinderbetreuungspaket diskutiert wird, ein sehr wichtiges Paket, das die Kinderbetreuung auf eine wirklich solide und nachhaltige Basis stellt. Besten Dank.

Monika Wicki (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ja, die SP ist nicht blind. Wir wissen, dass in drei Wochen hier in diesem Rat über die Kinderbetreuung diskutiert wird. Aber diese Vorstösse betreffen alle langfristige Massnahmen, sie helfen den Kitas, die jetzt schliessen müssen, gar nichts mehr. Daher ist die Dringlichkeit gegeben. Denn die Ausfallentschädigungen, die gesprochen wurden, ersetzen nicht sämtliche Verluste, welche die Kitas tragen mussten. Wenn die Gemeinden die Kitas retten müssen, werden auch sie an den Rand der finanziellen Möglichkeiten kommen. Daher ist der Kanton gefordert. Aber auch deswegen – und da möchte ich ein Wort an Matthias Hauser richten, er hat sich gefreut, dass die Familien Kinder häufiger zu Hause betreuen: Auf Bundesebene wurde mit einem Richtungsentscheid des Bundesgerichts deutlich gemacht, dass Frauen nach der Scheidung erwerbstätig sein sollen. Wer während der Kinderphase nicht erwerbstätig ist, dem ist der Wiedereinstieg erschwert. Kinderkriegen wird so zu einer Falle mit Lohnausfällen und Armutsgefährdung im Alter. Das Bundesgerichtsurteil zeigt, dass Kinderhaben kein Frauenthema ist, die Verantwortung soll und muss geteilt werden. Die Kinderbetreuung muss gesellschaftlich gelöst werden. Wir waren im Kanton Zürich auf einem guten Weg zum Aufbau guter Betreuungsstrukturen. Jetzt droht uns in der Krise, auf dem Weg der Gleichstellung um Jahre zurückgeworfen zu werden. Es braucht jetzt mehr Geld im System – jetzt und nicht erst in drei Jahren. Vielen Dank für die Unterstützung.

Ratspräsident Benno Scherrer: Gemäss Paragraf 55 des Kantonsratsgesetzes braucht es für das Zustandekommen der Dringlichkeit 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die Dringlichkeit des Postulates KR-Nr. 150/2021 stimmen 34 Ratsmitglieder. Die Dringlicherklärung ist somit nicht zustande gekommen. Das Geschäft wird als gewöhnliches Postulat auf die Traktandenliste gesetzt.

Das Geschäft ist für heute erledigt.